



Nr. 30/2015, 13. April 2015

Landesamt für Finanzen (LfF) erläutert die Verfahrensweise

❖ Tarifabschluss 2015/2016 ; Übernahme für Beamtinnen und Beamte

Staatskanzlei und Finanzministerium haben erklärt, dass der Tarifabschluss für 2015 und 2016 zu begrüßen ist.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer erklärte, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren des Gemeinwesens leisten, insofern ist die Erhöhung ihrer Bezahlung angemessen. Dreyer weiter: „Jetzt liegt das Ergebnis vor und die haushalterische Situation erlaubt es uns, das Ergebnis 1:1 zu übernehmen.“ Finanzministerin Ahnen: „Die Beamtinnen und Beamten haben in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung des strukturellen Defizits geleistet. Nunmehr erlaubt uns aber die Entwicklung der öffentlichen Haushalte auch, dass die Beamtinnen und Beamten eine stärkere Erhöhung ihrer Bezüge erhalten.“

Zur weiteren Verfahrensweise veröffentlichte das LfF in ihrem Newsletter: „Die Auszahlung der erhöhten Entgelte an die Tarifbeschäftigten des Landes kann nicht sofort erfolgen, sondern bedarf einerseits noch der formalen Zustimmung der Gewerkschaften zur Tarifeinigung innerhalb der vereinbarten Erklärungsfrist bis zum 30. April 2015 sowie andererseits noch einer technischen Umsetzung durch uns. Diese werden wir schnellstmöglich vornehmen.“

Die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes setzt ein förmliches Gesetz voraus, welches die Landesregierung schnellstmöglich in die Wege leiten wird. Anschließend erfolgt die technische Umsetzung durch uns. Wir bitten um Verständnis, dass wir die erhöhten Bezüge vorerst noch nicht auszahlen können. Neue Informationen werden wir unverzüglich auf dieser Homepage veröffentlichen.“

GdP-Vorsitzender Scharbach: „Endlich sollen auch die Polizistinnen und Polizisten wieder an der Tarifentwicklung teilhaben, von der sie drei Jahre abgekoppelt waren. Ich fordere die Landesregierung auf, die gesetzlichen Grundlagen schnellstmöglich zu schaffen.“



Ernst Scharbach